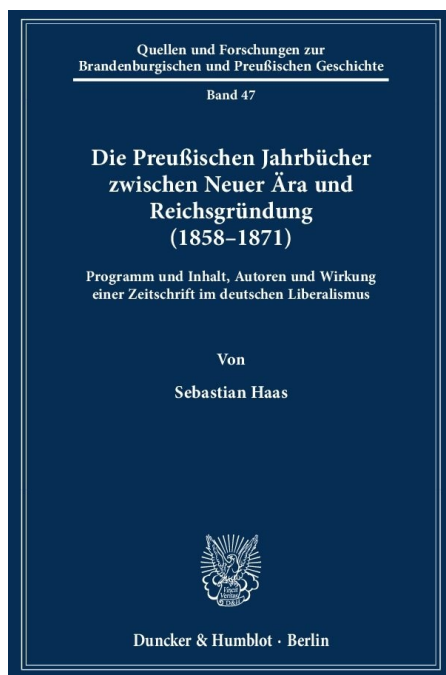


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Sebastian Haas: Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung (1858-1871). Programm und Inhalt, Autoren und Wirkung einer Zeitschrift im deutschen Liberalismus.

Berlin: Duncker & Humblot, 2017 (= Quellen und Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Band 47), 535 S., ISBN: 978-3-428-14990-2



Um es gleich vorweg zu nehmen: Die Untersuchung von Sebastian Haas über die Frühgeschichte der „Preußischen Jahrbücher“ ist sowohl inhaltlich als auch sprachlich ein Lesegenuss. Gekonnt werden in dieser im Jahre 2015 an der Universität Passau entstandenen Dissertation Politik-, Medien- und Liberalismusgeschichte miteinander verknüpft. Der gewählte Untersuchungszeitraum bietet sich hierfür in besonderem Maße an, denn bekanntlich entwickelten sich in den 1860er Jahren die beiden liberalen Grundprinzipien Einheit und Freiheit zu einem realpolitischen Gegensatz, was den politischen Liberalismus in ein Dilemma stürzte und eine Weichenstellung in seiner Entwicklung darstellte. Die allgemeine Gefahr pressehistorischer Studien, überwiegend Inhalte von Zeitungsartikeln zu referieren, entgeht Haas mittels der Kontextualisierung sowie der Auswertung der Korrespondenzen zwischen der Redaktionsleitung und wichtigen Autoren und Politikern, die im Gegensatz zu den Aufsätzen einen ungefilterten Blick auf Hintergründe und Befindlichkeiten der Beteiligten erlauben. Umgekehrt hätte man sich etwa aus konservativ-staatlicher

Perspektive beziehungsweise bei Bismarck selbst nähere Aufschlüsse über die Wahrnehmung der Zeitschrift aus nicht-liberaler Richtung gewünscht.

Über alle Brüche dieser Umbruchzeit hinweg lässt sich für die „Preußischen Jahrbücher“ ein bedeutsames Kontinuitätsmerkmal feststellen: Treue zum Staat, verbunden mit dem Optimismus, diesen im liberalen Sinne umgestalten zu können. Das lässt sich bereits in der Gründungsphase 1857/58 an der Diskussion über die Namensgebung des neuen Periodikums gut erkennen: „Preußische Jahrbücher“ war im Grunde ein Paradoxon, ging es den Initiatoren doch gerade um die Überwindung des territorialen Status quo mit der Schaffung einer nationalen Ordnung. Aber es galt das von den realexistierenden Verhältnissen ausgehende Diktum eines Theodor Mommsen, wonach Preußen etwas sei, Deutschland hingegen nichts. Der gleichwohl vorhandene Optimismus wird daran ersichtlich, dass sich liberale Vordenker wie Max Duncker in der Hochphase der Reaktionszeit auf das Wagnis einließen, ein analytisch-intellektuelles altliberales Presseorgan insbesondere als Gegengewicht zur konservativen „Kreuzzeitung“ zu schaffen. Der Anfang war holprig und stellte den Gründungs-herausgeber Rudolf Haym vor große Probleme: Die erste Ausgabe vom Januar 1858 geriet wegen der Rücksichtnahme sowohl auf die verschiedenen progressiven Strömungen als auch die staatlichen Stellen recht bieder und meinungsschwach, was insbesondere von liberaler Seite selbst scharf kritisiert wurde. Die nachfolgende, etwas pointierter gestaltete Februarausgabe wurde dann vom preußischen Innenministerium wegen Regierungskritik sogleich konfisziert. Für eine trotz wiederholter finanzieller Probleme erfolgreiche Entwicklung war die politische Entwicklung mit verantwortlich. Mit der Übernahme der Regentschaft durch

Wilhelm I., dem Sieg der Altliberalen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und der Ernennung einiger liberal gesinnter Minister brach in Preußen die kurze „Neue Ära“ an, die die „Preußischen Jahrbücher“ somit kurz nach ihrer Gründung plötzlich in die Rolle des publizistischen Sprachrohrs der Mehrheitspartei brachten. Als schnelle und größere Reformenfolge – auch wegen des unterschätzten Widerstands seitens konservativer Politiker und der Staatsleitung – ausblieben, verteidigten die Autoren der „Preußischen Jahrbücher“ überwiegend die abwartende, auf Ausgleich setzende Haltung der Altliberalen und druckten im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahlen 1861 deren komplettes Programm ab, gleichwohl stieg mit der Zeit die Unzufriedenheit mit dem Mangel an Erfolgen sowohl bei den Redakteuren als auch bei den Lesern. Darüber hinaus hatte sich mit der Fortschrittspartei eine progressiv-liberale Alternative gebildet, die für weniger Geduld und Kompromissbereitschaft gegenüber den eigenen Regierungsvertretern und gegenüber der Krone eintrat.

Die Ausgangslage war aus altliberaler Perspektive somit bereits schwierig, als der zuvor bereits schwelende preußische Verfassungskonflikt 1861/62 das politische Geschehen zu bestimmen begann. Im Oktober 1862 wurde nach der Berufung Otto von Bismarcks aufgrund der von ihm verfolgten Konfliktstrategie in den „Preußischen Jahrbüchern“ offen eine „Verfassungskrisis“ (S. 191) konstatiert, Preußen sei konstitutionell vor das Jahr 1850 zurückgefallen. Das abrupte Ende der „Neuen Ära“ bekam das Publikationsorgan auch direkt zu spüren, stellte die zum 1. Juni 1863 erlassene Presseverordnung doch einen deutlichen Rückschritt dar und schränkte die Freiheit der Redakteure ein.

Ein großes Verdienst von Haas' Studie besteht darin, den jüngeren publizistischen Treitschke auch der Vor-Herausgeberzeit mit seiner radikal-liberalen Haltung wieder genauer ins Gedächtnis zu rufen, er avanciert in der Untersuchung mit seinen pointierten Aussagen zu einer Art Hauptfigur. Beispielsweise warf er den Altliberalen und den Jahrbüchern im Streit über die Presseverordnung mangelnde Konfliktbereitschaft vor und äußerte in einem Brief an Herausgeber Haym vom 27. Juni 1863: „Die Revolution ist [...] eine Zweckmäßigkeitsfrage; sobald sie Aussicht auf Erfolg hat, muß sie gewagt werden. Ich wünsche kein Ende der Krisis ohne eine demüthigende, schmachvolle Abdankung. Das Königtum [...] bedarf einer heilsamen, furchtbar ernsten Züchtigung“ (S. 204). Als die Zeitschrift ihren von Max Duncker geprägten kooperativen Kurs eher noch verstärkte, kündigte Treitschke in einem Schreiben vom 17. Juli 1863 seine Mitarbeit in den Jahrbüchern (zwischenzeitlich) auf; ja, er ging noch einen Schritt weiter und distanzierte sich im „Grenzboten“ öffentlich von den Altliberalen und ihrem Journalismus, was Haym wiederum zu einer scharfen Replik in den Jahrbüchern veranlasste; das Tischtuch war vorläufig zerschnitten. Den Wandel brachte dann, bezogen auf Treitschke persönlich, aber auch auf den nun entstehenden Nationalliberalismus insgesamt, Bismarcks militärischer Erfolg im Krieg gegen Dänemark um Schleswig und Holstein. Im liberalen Lager entbrannte ein Streit hinsichtlich der rechtlich legitimen dynastischen Ansprüche versus eine Annexion durch Preußen. Treitschke kehrte nun zur Mitarbeit an den „Preußischen Jahrbüchern“ zurück, um für seine annexionistische Haltung zu werben. Andere liberale Prinzipien müssten zurückstehen, denn „wir opfern der Einheit Deutschlands jedes andere politische Gut“ (S. 259).

Das Jahr 1866 stellte nicht nur für die deutsche Geschichte, sondern auch für die Entwicklung des Liberalismus allgemein und der „Preußischen Jahrbücher“ speziell eine Zäsur dar. Rudolf Haym zog sich, parallel zum politischen Niedergang der Altliberalen, nach und nach, Ende 1864 dann vollständig von der Redaktionsarbeit zurück. Sein Nachfolger als Herausgeber wurde Wilhelm Wehrenpfennig, ihm trat 1866 schließlich Treitschke als Mitherausgeber zur Seite. Haas stellt in diesem Zusammenhang klar, dass die Übernahme dieser Position keine direkte Konsequenz seines überstürzten Weggangs aus Freiburg aufgrund seiner pro-preußischen und anti-österreichisch-süddeutschen Haltung im Vorfeld des sich anbahnenden Krieges war, sondern bereits im Januar 1866 zwischen ihm und Wehrenpfennig vereinbart worden war. Der Charakter der Zeitschrift wandelte sich nun. Während sie unter Haym eher philosophisch-theoretisch ausgerichtet gewesen war und sich dem Ziel der Ana-

lyse des politischen Geschehens verpflichtet sah, ging es unter Wehrenpfennig/Treitschke nun um eine politisch-praktische Ausrichtung mit dem Ziel, das politische Geschehen insbesondere mit Blick auf die nationale Einheit aktiv mitzugestalten. Auch die Ausrichtung veränderte sich im Rahmen der parteipolitischen Umwälzungen ein Stück weit. Dabei widerspricht Haas allerdings der Ansicht, wonach die „Preußischen Jahrbücher“ sich nun gewissermaßen als Sprachrohr Bismarcks verstanden, sie hätten sich, so Haas, vielmehr „dem preußischen Staat verschrieben, nicht der preußischen Regierung“ (S. 281). Zu hinterfragen wäre hierbei allerdings, ob sich diese beiden Ebenen ab 1866/67 überhaupt noch so klar trennen ließen wie ehemals.

Exemplarisch deutlich wird das Jahr 1866 auch als Zäsur des Liberalismus im hiesigen Kontext durch die Veröffentlichung des Aufsatzes von Hermann Baumgarten in den „Preußischen Jahrbüchern“ mit seiner „Selbstkritik des Liberalismus“, die neben einer aktuellen Kursbestimmung im Spannungsfeld zwischen der Verteidigung von Freiheitsrechten und Bismarckscher Einigungspolitik vor allem eine Abrechnung mit den Altliberalen der „Neuen Ära“ darstellte: „Die liberale Partei war gescheitert wie das liberale Ministerium“ (S. 336). Im Gegensatz zu den Liberalen sei Bismarck erfolgreich, „[d]enn in der Politik kommt es darauf an, nicht daß ich eine Ansicht habe, sondern daß ich sie realisiere“ (S. 337). Damit brachte er das Dilemma der Liberalen in der Zeit der Einigungskriege treffend auf den Punkt.

Bonn

Philip Rosin

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net